

Fakten und Argumente zur Asyl- und Flüchtlingspolitik



(Stand: 12. 11. 2015)

DIE LINKE. *lernt!*

TEIL 1: Fakten-Check

DIE LINKE. *lernt!*



Wie viele Menschen sind auf der Flucht? Wie viele kommen nach Deutschland?

Über **60 Mio.** registrierte Geflüchtete gibt es weltweit.

In den Monaten Januar bis Oktober 2015 stellten rund **362 000** Menschen einen Erstantrag auf Asyl in Deutschland: etwa **0,6%** der Flüchtlinge weltweit.

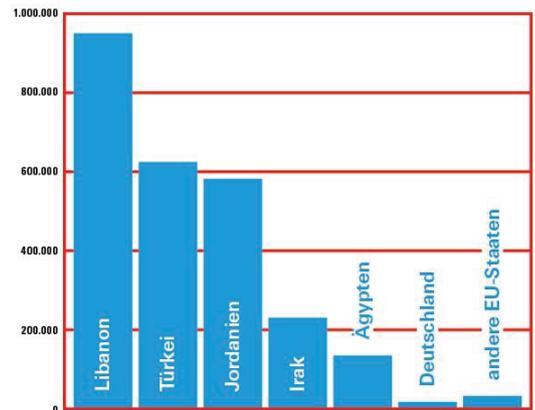
Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung, Vertreibung, Elend und Diskriminierung.

Oft müssen sie ihre vertraute Umgebung, geliebte Verwandte, häufig auch ihre Arbeit, Haus und Gut zurücklassen.

Die Fluchtrouten sind zumeist sehr gefährlich, für viele tödlich. Niemand tut so etwas, nur um hier Sozialhilfe zu beziehen.

80% bis 90% aller Geflüchteten kommen nicht in die reichen Länder der Welt. Sie bleiben **Vertriebene im eigenen Land** oder werden von den **Nachbarstaaten** aufgenommen.

Verteilung von Flüchtlingen aus Syrien
(Mai 2012–Februar 2014)



Quelle: «Refugees Welcome?» luxemburg argumente 2015

DIE LINKE. *lernt!*

«Deutschland kann nicht alles Elend der Welt aufnehmen.»

Die meisten Geflüchteten haben Zuflucht gefunden haben in der Türkei (1,6 Mio.), Pakistan (1,5 Mio.), Libanon (1,2 Mio.) und Iran (1 Mio.).

Deutschland taucht nicht auf in der Liste der 15 wichtigsten Aufnahmeländer bezogen auf die Bevölkerungsgröße (Stand: 2014).

Auch in absoluten Zahlen ist Deutschland **nicht mal unter den Top 10** der wichtigsten Aufnahmeländer.

Aufnahmeland:	Geflüchteter pro 1000 Einwohner:
Libanon	232
Jordanien	87
Türkei	21
Schweden	15
Deutschland	2,5

DIE LINKE. *lernt!*

«Deutschland trägt die Hauptlast der Flüchtlingsaufnahme in der EU.»

Die Anzahl der Asylanträge in Deutschland steigt seit einigen Jahren wieder. Das ist nichts Unbekanntes, sondern vergleichbar mit den Zahlen von 1993.

2014 haben 626.000 Geflüchtete einen Asylantrag in der EU gestellt, rund 203.000 davon in Deutschland (**32%**).

Deutschland steht **in absoluten Zahlen** derzeit an der **Spitze**. Allerdings sagen die Antragszahlen noch nichts darüber aus, ob es tatsächlich zu einem Asylverfahren kommt. In **keinem anderen EU-Land** gibt es mehr **unbearbeitete Asylanträge** als in Deutschland.

Zahl der Asylsuchenden **gemessen an der Bevölkerungsgröße**: 2014 gab es in Europa die meisten Anträge in Schweden, Ungarn, Österreich und Malta.

Das wirtschaftlich starke Deutschland lag 2014 mit 2,5 Asylanträgen pro 1.000 Einwohnern im EU-Vergleich nur auf **Platz 6**.

DIE LINKE. *lernt!*

«Das Boot ist voll.»

In der öffentlichen Debatte wird oft nur über Zahlen aktuell in Deutschland ankommender Asylsuchender berichtet.

Selten hingegen darüber **wie viele Geflüchtete Deutschland wieder verlassen**, weiterwandern oder abgeschoben werden.

Aber: Die **Gesamtzahl** der in Deutschland lebenden Geflüchteten hat sich in den letzten 17 Jahren **reduziert**.

Ende **2014** lebten insgesamt rund **630.000 Geflüchtete** (Anerkannte, Asylsuchende und Geduldete) in Deutschland: Das sind **0,8%** der Bevölkerung.

1997 waren es noch **über 1 Million**.



DIE LINKE. *lernt!*



Was ist das Dublin-Verfahren im Europäischen Asylrecht?

Nach der Dublin-Verordnung der EU ist **das Land für die Asylprüfung zuständig, über das Asylsuchende in die EU eingereist** sind.

Deutschland hat keine EU-Außengrenzen (nur über Luft und See). Die meisten Geflüchteten kommen über **Italien, Griechenland, Ungarn, Bulgarien** und **Polen**.

Bei einem Fünftel aller Asylsuchenden stellte Deutschland 2014 den Antrag, dass ein anderes EU-Land das Verfahren übernehmen soll.

Häufig verhindern Gerichte solche Überstellungen, weil die Asylsysteme in Ländern wie Griechenland, Italien, Ungarn oder Bulgarien oft **menschenrechtswidrig** sind.

Das Dublin-System nimmt **keine Rücksichten auf die Wünsche der Geflüchteten**. Etwa wenn sie in bestimmte Länder möchten, weil sie dort Verwandte haben oder die Sprache des Landes sprechen.

Stattdessen werden Schutzsuchende gegen ihren Willen innerhalb der EU hin- und hergeschoben.

DIE LINKE. *lernt!*

«Nur ein Bruchteil derjenigen, die zu uns kommen, ist asylberechtigt.»

Nicht alle, die in Deutschland Asyl suchen, werden als Verfolgte anerkannt.

Gleichzeitig berichten die Medien immer wieder über horrenden Preise, die manche Geflüchtete den Schlepperbanden zahlen, um hierher zu kommen.

Die Folge ist ein verbreitetes **Vorurteil**: Nach Europa käme nur, wer es sich leisten kann – und nicht, wer den Schutz wirklich nötig hätte.

Die Quote der **bewilligten Anträge auf Asyl** betrug 2014 in Deutschland etwa **31,5%**.

Hohe Ablehnungszahlen bedeuten nicht, dass die übrigen Menschen nicht verfolgt wurden oder in betrügerischer Absicht nach Deutschland gekommen wären.

Vielen Geflüchteten, die sehr wohl Bedrohungen und Gewalt erlitten haben, wird die Anerkennung trotzdem verweigert. Grund ist das teils **sehr restriktive Asylrecht**.

DIE LINKE. *lernt!*



Wer wird als asylberechtigt anerkannt?

Entscheidungen in Asylverfahren in Deutschland 2014



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Februar 2015

DIE LINKE. *lernt!*

«Balkanflüchtlinge haben keine Asylgründe.»

Asylsuchende aus Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien, Albanien, dem Kosovo und Montenegro werden als «Wirtschaftsflüchtlinge» eingestuft und im Asylverfahren zu **nicht mal 1% anerkannt**.

Ihre Heimatländer wurden 2014 und 2015 zu «sicheren Herkunftsländern» erklärt. Ziel: **schnellere Abschiebungen** ermöglichen.

Sehr oft geht es um **Roma**. Ihre Situation ist von Ausgrenzung, Rassismus, Übergriffen und lebensbedrohlicher Existenznot geprägt: «Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.» (Stellungnahme Europarat)

Doch: Eine **gründliche Prüfung** könnte sehr wohl zu einem Schutzstatus führen. **Anerkennungsquoten** in anderen Staaten 2014:

Schweiz	37 % (Serbien) 40% (Kosovo)
Finnland	43% (Kosovo)
Frankreich	20% (Bosnien-Herzegowina)
Belgien	18% (Bosnien-Herzegowina)
Großbritannien	18% (Albanien)

DIE LINKE. *lernt!*

«Wer betrügt, der fliegt!» «Armutszuwanderung» und «Sozialtourismus»?

Laut Bertelsmann-Studie zahlen Einwohner mit Ausländerstatus durchschnittlich **3.300 Euro mehr an Steuern und Sozialbeiträgen** jährlich, als sie selbst vom Staat erhalten.

Beispiel: Seit 1. Januar 2014 dürfen auch die Bürger der **EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien** in allen EU-Staaten Arbeit suchen.

Nur für **16,8%** der Kinder aus bulgarischen und rumänischen Familien bestand 2014 Kindergeld-Anspruch. Für die Behauptung, viele BulgarInnen und RumänInnen kämen wegen des Kindergelds nach Deutschland, gibt es **keine Belege**.

Sozialleistungsanspruch erwerben EU-BürgerInnen in Dtl. nur, wenn sie erwerbstätig sind und Sozialabgaben zahlen. Die eingewanderten RumänInnen und BulgarInnen zahlen insgesamt **mehr in die deutschen Sozialsysteme ein, als sie herausbekommen**.

60 von 534.000 – Antwort des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage: Es gab 2013 bundesweit 10 Verfahren wegen Sozialleistungsmisbrauch gegen bulgarische und 50 Verfahren gegen rumänische Eingewanderte, von denen insgesamt 534.000 hier leben.

DIE LINKE. *lernt!*

«Wenn wir die Grenzen öffnen, kommt die ganze Welt zu uns.»

Migrationsforscher
François Gemenne:



«Niemand verlässt sein Land, bloß weil zum Beispiel Deutschland seine Grenzen öffnet. Und niemand bleibt, weil die Grenzen zu sind. Offene oder geschlossene Grenzen haben überhaupt keinen Einfluss darauf, ob Leute sich auf den Weg machen oder nicht. Der Unterschied ist allerdings, ob sie lebend ankommen oder tot.» «Geschlossene Grenzen sind die Grundlage des Schleuser-Business.»

Höhere Zäune, tiefere Gräben und mehr Überwachung werden Geflüchtete nicht abhalten. Abschottung bringt nichts. Fluchtgründe lassen sich nicht wegbeschließen.

DIE LINKE. *lernt!*

«Asylsuchende kriegen in Deutschland alles hinterhergeschmissen.»

Asylsuchende unterliegen zahlreichen Beschränkungen:

- können den **Wohnort** nicht frei wählen
- dürfen sich zunächst nicht uneingeschränkt in Deutschland bewegen («**Residenzpflicht**»)
- sind oft gezwungen, jahrelang in unzureichenden **Massenunterkünften** zu leben (Wohnheime befinden sich oft in abgelegenen Randgebieten)
- unterliegen zu Beginn **Arbeitsverboten** und **Beschränkungen** bei der Jobsuche
- sind **von Sprach-** und **Integrationskursen ausgeschlossen**
- erhalten in den meisten Bundesländern **nur bei akuten Erkrankungen** und **Schmerzen** medizinische Versorgung

Asylsuchende erhalten nur das verfassungsrechtlich vorgeschriebene **Existenzminimum** – wie alle anderen Menschen auch.

Die Leistungen liegen sogar noch **10% unterhalb** des Hartz-IV-Regelsatzes werden ab 1. November 2015 nur noch in **Sachleistungen** ausgegeben.

DIE LINKE. *lernt!*



Was bedeutet Residenzpflicht?

Wer als Asylsuchender nach Deutschland kommt, darf nicht ohne Weiteres im Land umherreisen. Es geht bei dieser Beschränkung der Grundrechte aber nicht nur darum, den Wohnsitz nicht frei wählen zu können: Ob Klassenausflüge, Besuche bei Freunden oder Verwandten, sogar Arzt- oder Behörden-Termine in anderen Städten – all dies dürfen Asylsuchende und Geduldete nur mit einer schriftlichen Ausnahmegenehmigung. Wer gegen diese Bestimmung verstößt, muss mit Geldbußen rechnen, im Wiederholungsfall droht Gefängnis.

DIE LINKE. *lernt!*

«Abgelehnte Flüchtlinge werden nicht abgeschoben und können einfach bleiben.»

Abgelehnte Asylsuchende sind ausreisepflichtig und müssen Deutschland innerhalb kurzer Fristen verlassen. Wenn sie das nicht tun, werden sie abgeschoben.

Zuletzt gab es **jährlich mehr als 10.000 Abschiebungen** aus Deutschland (10.884 im Jahr 2014). Eine viel größere Zahl abgelehnter Asylsuchender reist «freiwillig» wieder aus.

Nur wenn eine Abschiebung nicht möglich ist (keine Flugverbindungen ins Herkunftsland) oder humanitäre Gründe dagegen sprechen (schwere Erkrankung), werden abgelehnte Asylsuchende geduldet.

Diese **Geduldeten** erhalten keinen rechtmäßigen Aufenthalt. Ihre Abschiebung wird nur zeitweilig ausgesetzt. Eine **Einbürgerung** ist mit einer Duldung schon gar **nicht möglich**. Denn im Regelfall erfordert dies einen achtjährigen rechtmäßigen Aufenthalt.

Erst wenn eine Abschiebung oder Ausreise *über Jahre hinweg* nicht möglich oder unzumutbar ist, kommt die **Erteilung eines Aufenthaltsrechts** für Geduldete in Betracht.

Die Zahl der in Deutschland lebenden Geduldeten ging in den Jahren 1997 bis 2014 von 329.000 auf **113.000** zurück.

DIE LINKE. *lernt!*

«Die Kommunen sind völlig überfordert.»

Einerseits: Die Beschwerden der Kommunen sind berechtigt.

Die Kommunen tragen die finanzielle Hauptlast der Flüchtlingsaufnahme. Und bekommen nur einen Teil der Kosten erstattet (derzeit: 670 € pro Flüchtling im Monat).

Viele Kommunen kommen derzeit mit der menschenwürdigen Unterbringung der stark gestiegenen Zahl von Asylsuchenden an ihre Grenzen. Ihre Kassen wurden seit Jahren durch die Bundesebene systematisch entleert.

Der Bund müsste deutlich mehr Mittel bereitstellen als bisher.



Verteilung auf die Bundesländer. Quelle: BAMF

DIE LINKE. *lernt!*

«Die Kommunen sind völlig überfordert.»

Andererseits: unzureichende Planungen und mangelnde Vorsorge

- Nach dem «Asylkompromiss» 1993 glaubten viele, die Zeiten hoher Flüchtlingszahlen seien vorbei – und schlossen ihre Asylunterkünfte.
- Die Auswirkungen des Syrien-Krieges waren seit langem absehbar.
- Viel zu lange wurde nichts gegen den Mangel an bezahlbaren Wohnungen unternommen oder durch Privatisierungen verschärft.
- Die leeren Kassen der Kommunen werden seit Jahren in Kauf genommen (Schuldenbremse, «Schwarze Null»).

Folge: schlechte bis katastrophale Lebensbedingungen für Asylsuchende.

DIE LINKE. *lernt!*



Was bedeuten die Asylrechtsverschärfungen?*

- Der Bund entlastet die Länder mit mehreren Milliarden Euro und stellt 500 Mio. Euro mehr jährlich für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.
- Abschiebung von Flüchtlingen wird **beschleunigt**.
- Spezielle **Aufnahmezentren** werden für Flüchtlinge aus „sicheren Herkunftsstaaten“, mit Wiedereinreisesperre sowie „ohne Mitwirkungsbereitschaft“ (also z.B. ohne gültige Papiere) geschaffen. Dort gilt eine **verschärfte Residenzpflicht**. Verlassen sie zweimal den Bezirk des Aufnahmezentrums, **erlischt der Asylantrag** und die **Ausweisung** erfolgt.
- **Albanien, Kosovo** und **Montenegro** werden zu „sicheren Herkunftsstaaten“ ernannt, Asylanträge von dort **pauschal abgelehnt**.
- **Aussetzung des Familiennachzugs für 2 Jahre** für „subsidiär“ geschützte Flüchtlinge, d.h. jene, die nicht abgeschoben werden können, weil ihnen Tod, Folter oder ernsthafte Bedrohung im Herkunftsstaat droht.
- **Leiharbeitsverbot** für AsylbewerberInnen wird **gelockert**.
- **Sachleistungen** statt Geld für die AsylbewerberInnen.
- Kosten für Sprach- und Integrationskurse werden auf das Existenzminimum angerechnet, müssen also von den Flüchtlingen anteilig **selbst bezahlt** werden.

* Gemeint sind die im September und November 2015 beschlossenen Änderungen des Asylrechts.

DIE LINKE. *lernt!*

«Für Asylanten ist Geld da, für uns nicht.»

Sündenböcke für die Schuld an Armut, Erwerbslosigkeit und ungleicher Verteilung des Reichtums in Deutschland?

Ein Beispiel:

1992 wurden etwa **440.000** Asylanträge in Deutschland registriert.

2007 waren es nicht mal **20.000** Anträge.

Hat sich die Situation der Menschen in Deutschland in diesem Zeitraum zum Besseren verändert, nur weil es drastisch weniger Asylsuchende gab?

- **Zahl der Erwerbslosen** stieg im selben Zeitraum von 3 Mio. auf 3,75 Mio.
- **Armutsrisiko** stieg von 12% auf über 16%

Einen **Zusammenhang** zwischen der Zahl der Asylsuchenden und sozialer Gerechtigkeit, Beschäftigung und Wohlstand **gibt es nicht**.

DIE LINKE. *lernt!*

«Wir können uns die vielen Flüchtlinge nicht dauerhaft leisten.»

- Durch die Geflüchteten entstehen nicht nur Ausgaben, sondern auch **Einnahmen**.
- Die Flüchtlingsaufnahme wirkt wie ein **Konjunkturprogramm** für die Wirtschaft.
 - Bauunternehmer erhalten neue Aufträge für Flüchtlingsheime
 - Caterer beliefern Asylunterkünfte
 - Einwanderer eröffnen Unternehmen und Lokale, beschäftigen Mitarbeiter und zahlen so dauerhaft in die Sozialkassen ein
- Die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass erwirtschafteten 2012 einen **Überschuss von 22 Milliarden Euro**.

DIE LINKE. *lernt!*

TEIL 2:

Was fordert DIE LINKE?

DIE LINKE. *lernt!*

Wo ansetzen?

Fluchtursachen müssen bekämpft werden – nicht Geflüchtete.

Damit Menschen ihre Heimat erst gar nicht verlassen müssen.

Deutschland ist hier mit verantwortlich:

- Export von Waffen in alle Welt
- militärische Interventionen
- Ausbeutung des globalen Südens durch den Norden
- Folgen des Klimawandels usw.



All dies zwingt Menschen in die Flucht. Sie aufzunehmen ist keine gnädige Großtat. Aber ein erster Schritt zur Anerkennung globaler Fluchtursachen.

DIE LINKE. *lernt!*

Was wollen wir konkret?

- Einbeziehung der Betroffenen in das **reguläre Sozialsystem** einschließlich der Gesundheitsversorgung
- konsequente **Aufhebung** der **Residenzpflicht**
- **Dezentrale Unterkünfte** statt Sammellager
- **Abschaffung** sämtlicher **Arbeitsverbote** und **Beschränkungen** beim Arbeitsmarktzugang (bei Beibehaltung aller sozialen Standards, wie Mindestlohn, etc.)
- verbesserte **Anerkennung** von im Ausland erworbenen **Abschlüssen** und **Qualifikationen**
- Zugang zu kostenfreien **Sprach-** und **Integrationskursen**
- bundesweites **Recht auf Bildung** in Regelschulen für alle Flüchtlinge – unabhängig vom Aufenthaltsstatus



DIE LINKE. *lernt!*

Was muss sich gesetzlich ändern?



- Wiederherstellung des **Grundrechts auf Asyl**
- **Streichung** der sogenannten «sicheren» Herkunftstaaten
- **Abschaffung** des **Asylbewerberleistungsgesetzes** als diskriminierendes Sondergesetz
- **Reform der EU-Dublin-Verordnung:** freie Wahl des Zufluchtsortes durch die Geflüchteten sowie finanzieller Ausgleich etwaiger Ungleichverteilung je nach Größe und Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten
- Grundlegender Wandel in der EU-Asylpolitik: **sichere und legale Einreisewege** statt Abwehr, Abschreckung und Abschottung – Geflüchtete sind keine Kriminellen!

DIE LINKE. *lernt!*

Solidarität ohne Grenzen?

- Die Solidarität vieler Menschen ist beeindruckend.
- Doch ehrenamtliche Helfer in der Flüchtlingsolidarität können sich nicht dauerhaft engagieren und **fehlende staatliche Strukturen** ersetzen.



- Aktive in der Flüchtlingsarbeit sind überwiegend weiblich, haben einen überproportional hohen Bildungsstand und Migrationsanteil und schätzen ihre finanzielle Situation im Schnitt als befriedigend oder gut ein.

DIE LINKE. *lernt!*

Abnehmende Solidarität in der Bevölkerung?



<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-405.html>

DIE LINKE. *lernt!*

Warum kann die solidarische Stimmung kippen?



(HTTP://WWW.BILD.DE)

TURNHALLEN FÜR FLÜCHTLINGE

Eltern gehen auf die Barrikaden

Die Zweckentfremdung der Sporthallen wird immer öfter zum Streitpunkt. Zum Unmut der Eltern bezeichnen Politiker die Unterbringung von Flüchtlingen dort als unausweichlich



Die Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Eilwangen (Baden-Württemberg) wurde zeitweise ebenfalls in eine Turnhalle ausgelagert
Foto: dpa

28.09.2015 - 14:16 Uhr

VON JAN FRANKOWSKI UND ELISABETH SALZBRUNN

Hunderttausende Flüchtlinge sind in diesem Jahr bereits nach Deutschland gekommen. Da die Erstaufnahmeeinrichtungen weitgehend überfüllt sind, werden immer neue Alternativen zur Unterbringung gesucht. Darunter häufig

- Ankommende Flüchtlingen treffen auf von **Unsicherheit** bedrohte, sich bedroht fühlende oder bereits prekarierte Menschen.
 - **Konkurrenz** um Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und Sozialleistungen könnte zur Debatte stehen.
 - Turnhallen und Kindertagesstätten, die schon seit Jahren unterfinanziert sind, werden als Notunterkünfte eingesetzt.
 - Objektiv müssen Lösungen für die große Anzahl von Geflüchteten gefunden werden. Die Diskussionen um Lösungsvorschläge sind aber gleichzeitig auch **Einfallstore für Panikmache, Chauvinismus und Rassismus** (siehe Seehofer, de Maizièrè u.a.).
- Nicht jeder Mensch, der Ängste hat, ist ein Rassist.

DIE LINKE. *lernt!*

Fakt ist:

- Bereits weit **vor der Ankunft** vieler Flüchtlinge **fehlten bezahlbare Wohnungen** in allen Großstädten.
- Die öffentliche Dienst war in manchen Bundesländern und Kommunen bereits vor der Ankunft von vielen Flüchtlingen **unterfinanziert**.
- Die Zahl derer, die von **unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen** betroffen ist, steigt seit Jahren.
- Die Kapitalseite war auch schon vor der Ankunft von vielen Flüchtlingen gegen einen Mindestlohn und für eine Verlängerung des Renteneintrittalters.

DIE LINKE. *lernt!*

Teile und Herrsche

- **Soziale Einschnitte** werden mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen begründet.
- Chance wird genutzt, soziale Rechte zu schleifen, die **schon vorher** bei der Wirtschaft **unbeliebt** waren.
 - Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) begründete angedachtes Kürzungsvorhaben von 2,5 Mrd. Euro im Haushalt 2016 mit den gestiegenen Kosten für Flüchtlinge.
 - Gleichzeitig wird der **Verteidigungshaushalt** 2016 „**nachhaltig aufgestockt**“.

DIE LINKE. *lernt!*

Beispiel: Rente

Prof. Dr. Niklas Potrafke (ifo-Institut München)
zu den steigenden Flüchtlingszahlen:

„Wenn weitere Ausgaben längerfristig erforderlich sind, sollten sie nicht durch Steuererhöhungen oder Neuverschuldung finanziert werden, sondern durch Kürzungen anderer Ausgaben. Wenn zum Beispiel die Rente mit 63 abgeschafft würde, könnten die Steuerzuschüsse für die Rentenkassen sinken.“

DIE LINKE. *lernt!*

Beispiel: Mindestlohn

Jens Spahn, CDU-Präsidiumsmitglied:

„Es ist ein gutes Zeichen, dass wir im Konsens von Bund und Ländern die Leiharbeit für Flüchtlinge geöffnet haben. Laut Koalitionsvertrag werden wir bald über Zeitarbeit und Werkverträge reden. Da müssen wir Regelungen vereinfachen. Denn wir sollten uns nichts vormachen, Hunderttausende, die mit geringer Qualifikation neu auf den Arbeitsmarkt streben, das bringt Druck, gerade im Dienstleistungssektor. Da wird noch manches auf den Prüfstand kommen. Möglicherweise auch der Mindestlohn.“

Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo (Institut für Wirtschaftsforschung):

"Wir sollten den Flüchtlingsstrom zum Anlass für eine neue Agenda 2010 nehmen."

DIE LINKE. *lernt!*

Was kann DIE LINKE fordern, um die soziale Spaltung zu verhindern?



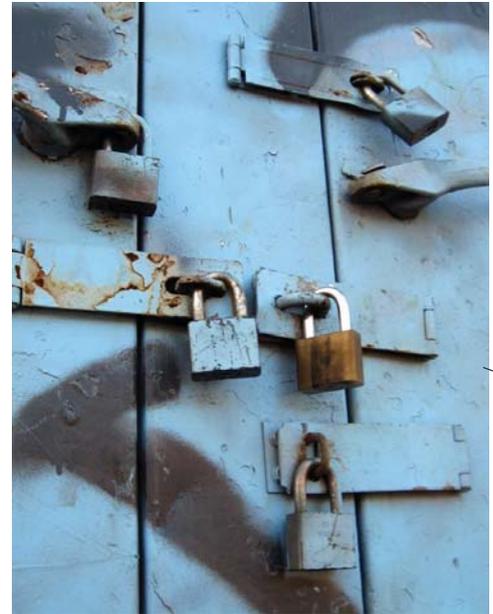
- Es braucht Forderungen, die der **Spaltung** zwischen hier lebender Bevölkerung und Flüchtlingen **entgegenwirken**.
- Sozial Benachteiligte sind stärker betroffen von den drohenden Kürzungen (knapper werdender Wohnraum, Aushöhlung Mindestlohn, weniger Geld für die Kommunen).

- Gemeinsame Forderungen für Einheimische und Geflüchtete aufstellen, die die soziale Kluft überbrücken
- **Vermögende** und **große Konzerne** zur Finanzierung heranziehen statt Kürzungen im Sozialbereich

DIE LINKE. *lernt!*

Forderung 1: Aussetzung Schuldenbremse

- Die Schuldenbremse schafft **Spaltung zwischen verschiedenen öffentlichen Aufgaben** der Kommunen.
- Unter dem Zwang zur „Schwarzen Null“ können die Kommunen nicht für eine ordentliche Unterbringung und Integration der geflüchteten Familien sorgen, ohne gleichzeitig bei Schulen, Krankenhäusern oder Erwerbslosen zu kürzen.



<https://www.flickr.com/photos/eyvafelitz>

DIE LINKE. *lernt!*

Forderung 2: Sozialen Wohnraum schaffen

- Sozialer Wohnungsbau wurde jahrelang geschrumpft: von 4 Mio. Wohnungen Anfang der 1990er waren es 2014 nur noch 1,4 Mio.
- Flüchtlinge konkurrieren v.a. mit einkommensschwachen Menschen um wenige bezahlbare Wohnungen.
- DIE LINKE fordert ein bundesweites Programm für **500.000 Sozialwohnungen** in Höhe von 8 Milliarden Euro.
- **Beschlagnahmung von leerstehenden Immobilien** (Luxusappartements, Büros,...)
 - Hamburg und Bremen haben mit den Stimmen von LINKE, SPD und Grünen beschlossen, dass leerstehende Gewerberäume für die Flüchtlingsunterbringung beschlagnahmt werden können.

DIE LINKE. *lernt!*

Forderung 3: Umverteilen

"Die wirklich teuren
Flüchtlinge sind die
Steuerflüchtlinge."
Sahra Wagenknecht



Geld ist genug da!

- **Bekämpfung von Steuerflucht** würde geschätzte 100 Mrd. Euro jährlich bringen.
- **Millionärssteuer** brächte Einnahmen von bis zu 80 Mrd. Euro jährlich*.
- **Haushaltsüberschuss** von 21,1 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2015 könnte eingesetzt werden.
→ Größtes Plus seit 2. Halbjahr 2000

*bei 5% des Vermögens oberhalb 1 Mio. Euro

DIE LINKE. *lernt!*

Post DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Bereich Politische Bildung
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel. 030/24009-116

Mail polbil@die-linke.de

web www.die-linke.de/politische-bildung

DIE LINKE. *lernt!*